

Im Rahmen einer Anhörung unter Punkt 4 der Tagesordnung mit folgender Thematik zu befassen:

a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Stadt von gestern oder Stadtentwicklung für die Zukunft:

Wie geht es weiter zwischen Alexanderplatz und Spreeinsel?

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Alte Mitte, neue Liebe: aktueller Umsetzungsstand für die Freifläche zwischen Fernsehturm und Spree nach umfassender Beteiligung und Beschluss des Abgeordnetenhauses Drucksache 17/2989: „Bürgerleitlinien und die Prozessempfehlung 2016 für die Berliner Mitte“

(auf Antrag der Fraktion Die Linke) 0115 StadtWohn

Stellungnahme von Gerhard Hoya:

Nach jahrelangen politischen Debatten, Werkstattgesprächen und -verfahren sowie *Architektenwettbewerben* liegt nun als Ergebnis der Entwurf des Landschaftsarchitekten Lenzen vor. Der Entwurf beruht auf Vorgaben aus den sogenannten Bürgerleitlinien aus den Jahren 2015/2016.

Eine repräsentative Befragung von Forsa zur Neugestaltung der Historischen Mitte erbringt klare Ergebnisse zur Bebauung. Eine klare Mehrheit von 58 Prozent empfindet die historische Mitte so, wie sie sich heute zeigt, nicht als schön und unattraktiv. Für eine *Bebauung* mit zeitgemäßen Häusern auf dem Grundriss der Straßen und Plätze der Vorkriegszeit sprachen sich 25 Prozent aus, 21 Prozent befürworteten *Bauten* an den Längsrändern.

Die damals im so genannten „*Beteiligungsverfahren Alte Mitte, Neue Liebe*“ entwickelten Ideen entsprechen nicht mehr den heutigen, modernen Planungsgrundsätzen im Städtebau und der Charta von Leipzig

### **Die Neue Leipzig-Charta 2020**

geht als strategisches Rahmenwerk zur gemeinwohlorientierten, integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung auf Herausforderungen und Themen ein, die seit 2007 an Bedeutung gewonnen haben. Hierzu zählen beispielsweise der Klimawandel, der soziale Zusammenhalt oder die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf europäische Städte. Sie liefert damit die Grundlage für eine zukunftsgerichtete Transformation der Städte.

Grundprinzipien guter Stadtentwicklungspolitik

Während die drei Dimensionen Leitziele beschreiben, werden hier Prinzipien guter Stadtentwicklungspolitik definiert. Diese bauen auf der Leipzig-Charta von 2007 auf und entwickeln sie weiter.

1. Eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik hat die Interessen der Allgemeinheit im Fokus und stellt dafür geeignete Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Dazu zählen unter anderem die Gesundheitsversorgung, soziale Dienstleistungen, Bildung, kulturelle Angebote, Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Naherholung oder öffentlicher Nahverkehr.
2. Der integrierte Ansatz verfolgt eine gleichzeitige und gerecht abgewogene Berücksichtigung aller Planungen und Interessen, die für die Stadtentwicklung relevant sind und bewertet deren Wirkungen im städtischen Raum.
3. Der Ansatz fördert die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft, von Verbänden, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Vereinen. Diese bringen ihr Fach- und Alltagswissen ein und stehen für eine demokratische und pluralistische Stadtentwicklung. Dabei gilt es auch neue Formen der Mitgestaltung, beispielsweise in Form von Ko-Produktion, zu fördern. In der Stadtentwicklung spielen Akteure auf

kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene eine zentrale Rolle, um die komplexen Herausforderungen der Stadtentwicklung zu bewältigen.

- Eine Kooperation über die administrativen Ebenen hinweg in Form eines
4. Mehrebenen-Ansatzes, wie ihn die Nationale Stadtentwicklungspolitik in Deutschland umsetzt, bildet dafür die Grundlage.
  5. Der ortsbezogene Ansatz Jede Kommune und jedes Quartier ist geprägt durch eigene Qualitäten und Herausforderungen. Notwendig sind daher individuelle und lokal angepasste Instrumente, die eine Transformation von innen heraus erlauben.

Europäische Städte und Gemeinden bewegen sich in einer Balance von Erhalt und Weiterentwicklung. Urbanisierung auf der einen und Entvölkerung auf der anderen Seite, Migration, demographischer Wandel, Klimawandel - dies sind nur einige der Aspekte, die weitreichende Auswirkungen auf den Lebensraum Stadt haben. Zunehmende Mobilität sowie wachsender Tourismus stellen viele europäische Städte vor ganz besondere Aufgaben und Probleme.

Für die Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe ist die inhaltliche Aufweitung des Verständnisses von "Europäischer Stadt" essentiell. Die Europäische Stadt wird durch eine über Jahrhunderte gewachsene Funktionsmischung (Multifunktionalität) charakterisiert. Gemeinhin gilt dabei das Verständnis von einer mittelalterlichen Struktur als Kennzeichen der Europäischen Stadt. Dieses Verständnis gilt es auf die weiteren Zeitschichten der Stadt auszuweiten. Die Überlagerung und Erkennbarkeit des Nebeneinanders aller baugeschichtlichen Entwicklungen der letzten Jahrhunderte und Jahrzehnte sollen einbezogen werden.

Die Erklärung von Davos "Eine hohe Baukultur für Europa" vom 22. Januar 2018 hebt die zentrale Rolle der Kultur für die Qualität des Lebensraums hervor. Sie erinnert daran, dass Bauen Kultur ist und Raum für Kultur schafft.

Aus Ihrer Frage entnehme ich, dass für Sie die Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe den Hinweis gibt, es soll die Stadt von gestern geplant werden.

Das Gegenteil ist der Fall:

Voraussetzung für eine in die Zukunft gewandte Stadtentwicklung ist die Kenntnis über den Ort, die Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe und die Beteiligung der Zivilgesellschaft auf Augenhöhe.

Die Planungsideen aus den sogenannten Bürgerleitlinien und dem Entwurf vom Büro Lenzen sind von gestern.

Ein neuer Stadtentwicklungsplan gemäß der Neuen Leipzig-Charta 2020 führt in die Zukunft. Auf einer Tagung der Historischen Kommission im Juni diesen Jahres formuliert

Landesarchäologe Prof. Wemhoff die „Geschichtsvergessenheit“ so: „Ein Marktplatz sei auch ein Ort der Demokratie, ein entscheidender Teil der Bürgerstadt Berlin, an den man sich erinnern müsse. Einen Verzicht könne sich eine Stadt eigentlich nicht leisten.

Ich möchte, dass die Planung noch einmal in die Hand genommen wird“; forderte Wemhoff – „man verpasse sonst „eine historische Chance“.